

E i n l a d u n g

Gremium: Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen - öffentlich
Sitzungstermin: Montag, 04.04.2011, 16:00 Uhr
Ort, Raum: Ratssaal des Rathauses

Rastede, den 24.03.2011

1. An die Mitglieder des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

2. nachrichtlich an die übrigen Mitglieder des Rates

Hiermit lade ich Sie im Einvernehmen mit dem Ausschussvorsitzenden zu einer Sitzung mit öffentlichen Tagesordnungspunkten ein.

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung
- TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
- TOP 3 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung vom 01.02.2011
- TOP 4 49. Änderung des Flächennutzungsplanes - GE westlich Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/052
- TOP 5 Bebauungsplan 68 D - Tannenkrugstraße
Vorlage: 2011/051
- TOP 6 Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei
Vorlage: 2011/055
- TOP 7 Straßenbenennung im BBPL. Nr. 92 "ehem. Schloßgärtnerei"
Vorlage: 2011/060
- TOP 8 7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde
Vorlage: 2011/053
- TOP 9 Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 78B "Ostermoor II"
Vorlage: 2011/061

- TOP 10 Ausbau Schützenhofstraße
Vorlage: 2011/063**
- TOP 11 Deckenprogramm 2011
Vorlage: 2011/065**
- TOP 12 Linienbestimmung zur A 20
Vorlage: 2011/062**
- TOP 13 Sanierung Parkplatz Hirschtor
Vorlage: 2011/064**
- TOP 14 Schließung der Sitzung**

**Mit freundlichen Grüßen
gez. Decker
Bürgermeister**

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/052

freigegeben am 16.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 16.03.2011

49. Änderung des Flächennutzungsplanes - GE westlich Tannenkrugstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf der Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die 49. Änderung des Flächennutzungsplanes – GE westlich Tannenkrugstraße nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 08.02.2011 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen. Diese fanden in der Zeit vom 24.02.2011 bis 23.03.2011 statt.

Die Ergebnisse der Auslegung und der dazu erarbeitete Abwägungsvorschlag können der Anlage entnommen werden.

Nunmehr kann der Feststellungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	17.12.10 – 17.01.11	24.02.11 – 23.03.11	12.04.11

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung
2. Begründung
3. Abwägungsvorschläge

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/051

freigegeben am 16.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 16.03.2011

Bebauungsplan 68 D - Westlich Tannenkrugstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die im Rahmen des beschränkten Beteiligungsverfahrens nach § 4 a Abs. 3 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan Nr. 68 D – Tannenkrugstraße nebst Begründung und Umweltbericht wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Gemäß Beschluss des Verwaltungsausschusses vom 08.02.2011 (Beschlussvorlagen Nr. 2011/003) wurde die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange durchgeführt. Diese fanden in der Zeit vom 24.02.2011 bis 23.03.2011 statt. Die Abwägungsvorschläge sind der Anlage drei zu entnehmen.

Im Rahmen der Auslegung wurde, aufgrund der Stellungnahme der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, eine Änderung des Bebauungsplanes notwendig.

Diese betraf die Verlängerung und Verlagerung des Regenrückhaltebeckens und in der Folge auch die Begründung und den Umweltbericht.

Der planerische Leitgedanke und die Grundzüge der Planung waren durch die Änderung nicht berührt, sodass ein beschränktes Beteiligungsverfahren nach § 4 a Abs. 3 BauGB mit allen Betroffenen durchgeführt werden konnte, um einen Satzungsbeschluss am 12.04.2011 sicher zu stellen. In diesem Verfahrensschritt sind der Landkreis Ammerland und die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr erneut beteiligt worden. Die Abwägungsvorschläge zur beschränkten Beteiligung sind der Anlage vier zu entnehmen.

Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Weitere Informationen werden in der Sitzung durch das Planungsbüro NWP präsentiert.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 30.11.10 VA 07.12.10	17.12.10 – 17.01.11	24.02.11 – 23.03.11	12.04.11

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

1. Planzeichnung.
2. Begründung.
3. Abwägungsvorschlag zur Auslegung.
4. Abwägungsvorschlag zum beschränkten Beteiligungsverfahren.

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/055

freigegeben am 17.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 17.03.2011

Bebauungsplan Nr. 92 - Ehemalige Schloßgärtnerei

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Der Bebauungsplan 92 – Ehemalige Schloßgärtnerei nebst Begründung und Örtlichen Bauvorschriften wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 08.02.2011 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2011/010). Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 18.02.2011 bis 17.03.2011 statt.

Die Abwägungsvorschläge zu den im Rahmen der Auslegung eingebrachten Stellungnahmen können der Anlage entnommen werden.

Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung war als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB entbehrlich. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro NWP gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 01.02.2011 VA 08.02.2011		18.02.2011 – 17.03.2011	Ratssitzung 12.04.2011

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten werden vom Investor getragen.

Anlagen:

1. Abwägungsvorschlag der öffentlichen Auslegung und Beteiligung der Träger öffentlicher Belange.
2. Bebauungsplan mit örtlichen Bauvorschriften
3. Begründung
4. Schalltechnische Untersuchung

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/060

freigegeben am 18.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Kerstin Haye

Datum: 18.03.2011

Straßenbenennung im BBPL. Nr. 92 "ehem. Schloßgärtnerei"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die geplante Erschließungsstraße für das Baugebiet Nr. 92 erhält den Straßennamen „Alte Schloßgärtnerei“.

Sach- und Rechtslage:

Die Erschließungsstraße für dieses Baugebiet wird als verkehrsberuhigter Bereich an die vorhandene Oldenburger Straße/K 131 angeschlossen.

Der Bau dieser Straße wird mit dem Bebauungsplan Nr. 92 beschlossen.

Die neue Verkehrsfläche gilt gemäß § 6 Abs. 5 des Nds. Straßengesetzes mit Ihrer Verkehrsfreigabe als dem öffentlichen Verkehr gewidmet.

Die neue Straße erhält in Anlehnung an die ehemalige Nutzung der Fläche den Straßennamen „Alte Schloßgärtnerei“.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Lageplan

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/053

freigegeben am 16.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörg-Hendrik Kunze

Datum: 16.03.2011

7. Änderung Bebauungsplan Nr. 9 - Kleinenfelde

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

1. Die im Rahmen der öffentlichen Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) sowie der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB eingegangenen Stellungnahmen werden auf Grundlage dieser Beschlussvorlage sowie der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 berücksichtigt.
2. Die bisherige Beschlussfassung und Abwägung wird bestätigt.
3. Die siebte Änderung des Bebauungsplanes 9 – Kleinenfelde nebst örtlichen Bauvorschriften und Begründung wird gemäß § 10 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) als Satzung beschlossen.
4. Eine Umweltverträglichkeitsprüfung ist nicht vorzunehmen.

Sach- und Rechtslage:

Der Verwaltungsausschuss hatte in seiner Sitzung am 08.02.2011 die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange beschlossen (s. Vorlage 2011/012).

Die öffentliche Auslegung und die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange fanden in der Zeit vom 18.02.11 bis 17.03.11 statt. Im Rahmen der Auslegung wurden keine wesentlichen Stellungnahmen vorgebracht. Eine frühzeitige Bürgerbeteiligung war als Bebauungsplan der Innenentwicklung im beschleunigten Verfahren gemäß § 13 a BauGB entbehrlich. Nunmehr kann der Satzungsbeschluss gefasst werden.

Nähere Erläuterungen werden hierzu in der Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen durch das Planungsbüro Diekmann und Mosebach gegeben.

Übersicht über den Verfahrensstand:

Grundsatzbeschluss/ Aufstellungsbeschluss	Frühzeitige Öffentlichkeits-/ Be- hördenbeteiligung	Öffentliche Aus- legung/ Behörden- beteiligung	Satzungsbeschluss
BauPlUmStA 01.02.11 VA 08.02.11		18.02.11 – 17.03.11	Rat 12.04.11

Finanzielle Auswirkungen:

Keine.

Anlagen:

1. Bebauungsplan mit Planzeichenerklärung, Textliche Festsetzungen, örtliche Bauvorschriften und Hinweisen.
2. Abwägungsvorschlag
3. Schallgutachten

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/061

freigegeben am 18.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Frau Kerstin Haye

Datum: 18.03.2011

Straßenbenennung im Bebauungsplangebiet 78B "Ostermoor II"

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss
Ö	12.04.2011	Rat

Beschlussvorschlag:

Die geplanten Erschließungsstraßen des Baugebietes Nr. 78B „Ostermoor II“ erhalten folgende Straßennamen:

Planstraße A = Ligusterweg

Planstraße B = Feldrosenweg

Sach- und Rechtslage:

Die Erschließungsstraßen für dieses Baugebiet werden als verkehrsberuhigte Bereiche an den vorhandenen Nethener Weg angeschlossen.

Der Bau dieser Straßen wurde mit dem Bebauungsplan Nr. 78B beschlossen. Die neue Verkehrsfläche gilt gemäß §6 Abs. 5 des Nds. Straßengesetzes mit Ihrer Verkehrsfreigabe als dem öffentlichen Verkehr gewidmet. Baulastträger dieser Ortsstraßen wird die Gemeinde Rastede. Die Bestandsblätter werden entsprechend angelegt.

Im Gegensatz zur Straße „Am Ostermoor“ wird der weitere Teil des Baugebietes über den Nethener Weg erschlossen. Eine Zuordnung der Straßennamen sollte somit eher zu Straßen im Bereich des Nethener Weges erfolgen.

Hier befinden sich zurzeit Heideweg, Wiesenweg und Bienenweide. Für eine Bienenweide sind Pflanzen wie Hartriegel, Heckenkirsche, Liguster, Filzrose, Feldrose, Hundsrose, Wolliger Schneeball und Ohrweide typisch.

Unter Berücksichtigung des phonetischen Empfindens wurden Liguster und Feldrose ausgewählt.

Finanzielle Auswirkungen:

keine

Anlagen:

Lageplan

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/063

freigegeben am 21.03.2011

Stab

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 21.03.2011

Ausbau Schützenhofstraße

Beratungsfolge:

<u>Status</u>	<u>Datum</u>	<u>Gremium</u>
Ö	04.04.2011	Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen
N	12.04.2011	Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Schützenhofstraße wird zwischen den Straßen Am Horstbusch und Eichendorffstraße auf der Grundlage der Beratungen des Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen vom 04.04.2011 unter Berücksichtigung der dort vorgestellten Lagepläne ausgebaut. Die Anliegerbeteiligung ist durchzuführen.

Sach- und Rechtslage:

Nach Beratung der Beschlussvorlage 2010/051 wurde der Ausbauquerschnitt für die Schützenhofstraße festgelegt. Das beauftragte Ing.-Büro wird die Planung im Rahmen der Sitzung ausführlich vorstellen.

Da durch die Ausbauplanung auch Gehölze betroffen sind, die zum weitaus überwiegenden Teil auf dem Privatgelände der Anliegergrundstücke stehen, wurde ebenfalls eine entsprechende Begutachtung durchgeführt. Hierbei hat sich herausgestellt, dass diese Bäume durch den Straßenausbau beschädigt werden könnten; folglich sind weitreichende Schutzmechanismen vorzusehen.

Insbesondere auf der Höhe der Haus-Nr. 55 ist deshalb vorgesehen, eine Einengung der Fahrbahn von ansonsten 4,75 m Breite auf 3,50 m einzuplanen, da ein anderweitiger Schutz keine Wirkung entfaltet und der Baum ortsbildprägende Bedeutung hat. Bei den übrigen Bäumen kann durch entsprechende Baumaßnahmengestaltung der Erhalt sichergestellt werden. Lediglich in einem Fall wird auch durch den Gutachter empfohlen, den Baum zu entfernen. Auf das dieser Vorlage als Anlage beigelegte Gutachten wird insoweit verwiesen.

Die Ausbauplanung soll mit den Anliegern am 14.04.2011 unter Berücksichtigung beitragsrelevanter Fragen besprochen werden. Soweit die Maßnahme keine wesentlichen Änderungen erfährt, würde die Ausschreibung der Baumaßnahme vorbereitet werden.

Falls sich im Rahmen der Anliegerbeteiligung ein wesentlicher Änderungsbedarf abzeichnet, würde dies im Rahmen der nächsten Sitzung des Ausschusses für Bau, Planung, Umwelt und Straßen erneut vorgestellt werden.

Die Durchführung der Baumaßnahmen ist in den Sommerferien vorgesehen. Im Hinblick auf die derzeit noch im Bereich Harry-Wilters-Ring anstehenden Baumaßnahmen ist geplant, die Arbeiten von der Straße Am Horstbusch her beginnen zu lassen.

Finanzielle Auswirkungen:

Die entsprechenden Haushaltsmittel stehen im Haushaltsplan 2011 zur Verfügung.

Anlagen:

1. Regelquerschnitt der Schützenhofstraße
2. Lagepläne der Schützenhofstraße
3. Gutachterliche Baumbeurteilung im Ausbaubereich der Schützenhofstraße durch das Sachverständigenbüro Steenken

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/065

freigegeben am 22.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Jörn Rabius

Datum: 22.03.2011

Deckenprogramm 2011

Beratungsfolge:

Status

Datum

Gremium

Ö

04.04.2011

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

N

12.04.2011

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

1. Folgende Straßen werden 2011 mit dem Patchmatikverfahren instand gesetzt:

Am Eichenwall	Kreyenstraße
An Hagendorffs Busch	Lange Reihe
Am Nordkreuz	Loyerbergstraße
Am Schippstroth	Mitteldörper Weg
Am Stratjebusch	Mollberger Weg
An der Bleiche	Moorweg
Bekhausermoorweg	Neißestraße
Elektrizitätsweg	Peterstraße
Emsoldstraße	Richtweg
Buschweg	Ringstraße
Dorfstraße	Stöltjeströße
Feldbreite	Südender Straße
Hakenstraße	Talweg
Hermann-Löns-Straße	Tannenkrugstraße
Hesterstraße	Voßbarg
Hirschtoweg	Weserstraße
Hohe Brink	Zum Ausblick
Klostermoorweg	Zum Roten Hahn

2. Folgende Straßen werden vollflächig mit nachfolgend genanntem Kostenumfang saniert:

- Am Stratjebusch zwischen Feldbreite und Bahnübergang
neue Verschleißdecke 30.000 €
- Südender Straße zwischen Oldenburger Str. und ehemals Ihr Platz
neue Verschleißdecke 81.000€
- Wallstraße
DSK 39.000 €

- Weidenstraße
Spurrinnen und Versackung mit Heißeinbau ausgleichen 10.000 €
- Kreyenstraße zwischen Hirtenweg und Mollberg im Bereich der Kanaltrasse
DSK 20.000 €
- Morissestraße
Teilbereiche Pflaster und Rinne neu Pflastern 45.000 €
- Hohlweg
Doppelte Oberflächenbehandlung 10.000 €
- Heiddornweg
ausgleichen des Profils mit Bitumen im Bereich der Pflasterstraße 15.000 €

Sach- und Rechtslage:

Bezugnehmend auf die Vorlage 2009/099 und 2010/143 wurden auch im Jahr 2011 verschiedene Straßen einer visuellen Untersuchung unterzogen. Die in der o. g. Vorlage beschriebene Vorgehensweise wurde auch in diesem Jahr eingehalten.

Mittel in Höhe von ca. 60.000 € werden für das Instandsetzen kleinere Schäden benötigt werden. Hierbei wird das Patchmatik-System eingesetzt. Dieses System hat sich in der Vergangenheit als die wirtschaftlich und technisch beste Variante herausgestellt.

Bei größeren Schäden werden eine dünne Schicht im Kalteinbau (DSK) innerorts oder eine doppelte Oberflächenbehandlung (DOB) außerorts eingesetzt. Auch werden innerorts Straßen mit einer neuen Verschleißdecke aus Heißbitumen versehen.

Das Patchmatik-System wird ca. 14 Tage im Rastede arbeiten müssen, bis alle gravierenden Mängel behoben sind. Folgende Straßen werden mit diesem System repariert:

Am Eichenwall	Kreyenstraße
An Hagendorffs Busch	Lange Reihe
Am Nordkreuz	Loyerbergstraße
Am Schippstroth	Mitteldörper Weg
Am Stratjebusch	Mollberger Weg
An der Bleiche	Moorweg
Bekhausermoorweg	Neißestraße
Elektrizitätsweg	Peterstraße
Emsoldstraße	Richtweg
Buschweg	Ringstraße
Dorfstraße	Stöltjesträße
Feldbreite	Südender Straße
Hakenstraße	Talweg
Hermann-Löns-Straße	Tannenkrugstraße
Hesterstraße	Voßbarg
Hirschtoweg	Weserstraße
Hohe Brink	Zum Ausblick
Klostermoorweg	Zum Roten Hahn

Folgende Straßen werden vollflächig mit nachfolgend genanntem Kostenumfang saniert:

- Am Stratjebusch zwischen Feldbreite und Bahnübergang
neue Verschleißdecke 30.000 €
- Südender Straße zwischen Oldenburger Str. und ehemals Ihr Platz
neue Verschleißdecke 81.000€
- Wallstraße
DSK 39.000 €
- Weidenstraße
Spurrinnen und Versackung mit Heißeinbau ausgleichen 10.000 €
- Kreyenstraße zwischen Hirtenweg und Mollberg im Bereich der Kanaltrasse
DSK 20.000 €
- Morissestraße
Teilbereiche Pflaster und Rinne neu Pflastern 45.000 €
- Hohlweg
Doppelte Oberflächenbehandlung 10.000 €
- Heiddornweg
ausgleichen des Profils mit Bitumen im Bereich der Pflasterstraße 15.000 €

Die Kosten belaufen sich auf ca. 250.000 €

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Keine.

Mitteilungsvorlage

Vorlage-Nr.: 2011/062

freigegeben am 21.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 21.03.2011

Linienbestimmung zur A 20

Beratungsfolge:

Status

Ö

Datum

04.04.2011

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Beschlussvorschlag:

Der Bericht wird zur Kenntnis genommen.

Sach- und Rechtslage:

Entsprechend der Linienbestimmung des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung vom 25.06.2010 wurde die Variante West 3 ausgewählt. Unabhängig von dem faktischen Vogelschutzgebiet wurde in der Linienbestimmung festgestellt, dass die Teilvariante West 2 nicht mit den Erhaltungszielen des Natura 2000-Gebietes Marschen am Jadebusen verträglich ist. Aus diesem Grunde wurde die Variante West 3 linienbestimmt.

Auf politischer Ebene konnte zwischenzeitlich unter Beteiligung des Nds. Verkehrsministers erreicht werden, dass für die Varianten West 2 und West 3 hinsichtlich weiterer Untersuchungen eine vergleichbare Tiefenschärfe vorgesehen wird. Dabei soll ein sogenanntes Trassenvergleichspapier erstellt werden.

Die ebenfalls beteiligten Landkreise Ammerland, Friesland, Wesermarsch, die Stadt Varel sowie die Gemeinden Jade, Wiefelstede und Rastede haben festgelegt, dass mit Unterstützung eines Gutachters, Professor Dr. Stür, Münster, Argumente für eine neu festzulegende Linie auf der Basis der Variante West 2 gefunden werden sollen. Dieses Vorhaben gestaltet sich nach erster Einschätzung als schwierig, da die Erhaltungsziele des Natura 2000-Gebietes, auch unabhängig von dem faktischen Vogelschutzgebiet, bei der Wahl der Variante West 2 voraussichtlich nicht eingehalten werden können. Es steht im Gegenteil zu befürchten, dass gegebenenfalls auch die Variante West 3 weiter modifiziert werden muss.

Für die Varianten West 2 und West 3 finden zurzeit die Bestandserfassungen für die verschiedenen Kartierungen statt. Mit einem Ergebnis ist im Mai 2011 zu rechnen. Darauf aufbauend soll das Gutachten zur Umsetzbarkeit der Variante West 2 erstellt werden.

Es ist vorgesehen, gemeinsam mit den anderen Beteiligten das Gutachten basierend auf den Daten der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr im Rahmen einer Pressekonferenz zu veröffentlichen und zeitgleich den verschiedenen Gremien aller Gemeinden und Landkreise zugänglich zu machen.

Finanzielle Auswirkungen:

Zurzeit keine.

Anlagen:

Schreiben vom 25.06.2010 des Bundesministers für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung,
Linienbestimmung A 20

B e s c h l u s s v o r l a g e

Vorlage-Nr.: 2011/064

freigegeben am 21.03.2011

GB 3

Sachbearbeiter/in: Herr Hans-Hermann Ammermann

Datum: 21.03.2011

Sanierung Parkplatz Hirschtor

Beratungsfolge:

Status

Ö

N

Datum

04.04.2011

12.04.2011

Gremium

Ausschuss für Bau, Planung, Umwelt und Straßen

Verwaltungsausschuss

Beschlussvorschlag:

Die Sanierung Parkplatz Hirschtor wird beschlossen.

Sach- und Rechtslage:

Auf der Grundlage der Beschlussempfehlung des Bauausschusses vom 20.09.2010 sind Sanierungsvorschläge für den Parkplatz Hirschtor erarbeitet worden. Zwischenzeitlich fand die notwendige Abstimmung mit Vertretern der Denkmalpflege und der Gartendenkmalpflege statt. Dabei wurde festgestellt, dass mit der Sanierung des Parkplatzes Hirschtor eine Verbesserung der Eingangssituation erzielt werden kann, wenngleich es zu einer Verfestigung dieser Einrichtung im denkmalgeschützten Bereich führen wird.

Es wurde festgelegt, dass in der Breite des Durchgangstores eine Zufahrt in befestigter Art hergestellt werden soll. Die Pflasterung soll in einem gelblich-rötlichen Ton analog der Pflasterung Tribünenanlage Turnierplatz sowie der Farbgebung der wassergebundenen Decken beim Parkplatz Ellernteich und Waldparkplatz erfolgen. Die Pflasterung soll, beginnend an der Parkstraße bis zum Ende der Eckausrundung der Zufahrt am Hirschtor hergestellt werden. Damit ist sichergestellt, dass das Hirschtor theoretisch geöffnet und geschlossen werden könnte.

Der Bereich zwischen Pflasterung und Hirschtor soll parkplatzseitig dort, wo typischerweise keine Fahrzeuge parken (können), mit immergrünen Bodendeckern bepflanzt werden.

Der Parkplatz wurde vom baulichen Zustand her untersucht. Dabei wurde festgestellt, dass insbesondere im überhöhten Teil des Parkplatzes in der Fahrbahnachse die geringste Dicke an Unterbau vorhanden ist, während im Randbereich viel zu große Mächtigkeiten an Mineralgemisch vorhanden sind.

Es wird daher vorgeschlagen, die gesamte Fläche durchzufräsen, um zu einer einheitlichen mittleren Dicke des Unterbaues zu gelangen und diesen entsprechend der Bauausführung Waldparkplatz und des Parkplatzes am Ellernteich mit einer Deckschicht zu versehen. Die äußere Umrandung des Parkplatzes soll mit Pfosten und Kopflatten geschehen, die aber nicht in einem auffälligen weiß gestrichen werden sollen. Als äußere Begrenzung des Parkplatzes im westlichen Bereich wurde die Außenkante des Hirschtores gewählt.

Für diese Maßnahmen werden Kosten in Höhe von ca. 25.000,- € entstehen. Die Mittel wurden als Ausgaberest von 2010 übertragen.

Für die Zeit der Herstellung des Parkplatzes ist die Vollsperrung dieses Hirschtorkparkplatzes erforderlich. Darüber hinaus ist eine mindestens vierzehntägige Liegezeit des Mineralgemisches erforderlich, da in regelmäßigen Abständen gewässert und gewalzt werden muss. Ein Zugang zum Schlosspark soll provisorisch hergerichtet werden.

Weitere Details werden im Rahmen der Sitzung anhand von Folien dargestellt werden.

Finanzielle Auswirkungen:

Haushaltsmittel stehen zur Verfügung.

Anlagen:

Keine.